

Mazedonien hat Kontinuität gewählt

Die konservative VMRO-DPMNE unter Premier Gruevski hat die vorgezogenen Parlamentswahlen am 1. Juni klar für sich entschieden. Allerdings wird der Wahlerfolg durch einen Todesfall am Wahltag und die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden größten albanischen Parteien während des Wahlkampfes überschattet. Der erfolgreiche Weg Mazedoniens nach Europa hängt jetzt davon ab, wie erfolgreich die neu zu bildende Regierung den „albanischen Faktor“ berücksichtigt.

Gestärktes Mandat für Gruevski

Mit 48 Prozent der Stimmen hat die VMRO-DPMNE ihr bestes Ergebnis in der jungen Geschichte des unabhängigen Mazedoniens erzielt und wird im 120 Abgeordnete zählenden Parlament voraussichtlich die absolute Mehrheit haben. Weit abgeschlagen wird die sozialdemokratische Opposition unter der ehemaligen Europaministerin Schekerinska mit 23 Prozent der Stimmen wieder zweitstärkste Kraft.

Gründe für den Erfolg der VMRO liegen in der medienwirksamen Regierungsführung der vergangenen 20 Monate, in der wirtschaftlichen Öffnung des Landes und in der Stärkung des mazedonischen Nationalgefühls. Trotz turbulenter Innenpolitik seit dem Regierungsantritt 2006 mit mehrmonatigem Parlamentsboykott der albanischen Opposition DUI und mehrfachen Regierungskrisen mit dem albanischen Koalitionspartner DPA hat die Regierung den parteiübergreifenden Konsens zur europäischen Integration zu nutzen gewusst, wichtige Reformbeschlüsse auf den Weg zu bringen – zB im Bereich der Energiereform und der

Lustration -, wobei deren Umsetzung allerdings bisher unbefriedigend verläuft. Mit Steuersenkungen und zeitlich gut abgepass- ten Gehaltserhöhungen für Beamte und Rentner hatte Gruevski trotz erhöhter Energie- und Lebensmittelpreise die Bevölkerungsmehrheit auf seiner Seite – zumal die Schwäche der sozialdemokratischen Opposition während ihres uninspirierten Wahlkampfes deutlich sichtbar war. Die Sozialdemokraten, die große Teile der Bevölkerung immer noch als unreformierte Kommunisten sehen, werden bestenfalls mit Stillstand während ihrer letzten Amtszeit von 2002-4 und schlimmstenfalls mit dem Ausverkauf der Staatsbetriebe zur Bereicherung weniger „Oligarchen“ in den Neunziger Jahren assoziiert. Parteichefin Schekerinska – die mittlerweile ihren Rücktritt von der Parteispitze bekannt gegeben hat – konnte ihren konservativen Gegnern keine überzeugenden programmatischen Alternativen entgegenstellen. Ihr Versprechen, in einem halben Jahr den NATO-Beitritt und die Verhandlungsaufnahme zum EU-Beitritt zu ermöglichen, wurde von den Wählern als unrealistisch erkannt.

Die Fortsetzung der „Wiedergeburt“ Mazedoniens

Die zuletzt amtierende konservative Regierung dagegen hat das Nationalgefühl der Bevölkerung und die „Wiedergeburt“ – so auch das Wahlkampfeschlüsselwort der VMRO – Mazedoniens vorangetrieben: Gruevski wird angerechnet, die „Identität“ des mazedonischen Volkes insbesondere im – weiterhin ungelösten – Namensstreit mit Griechenland bewahrt zu haben. Der Premier hatte es unter Zustimmung der Mehrheit der Mazedonier „geschafft“, die Na-



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. mensfrage über den NATO-Beitritt seines Landes zu stellen. Während des Wahlkampfes versprach er, eine Namensänderung des Landes – die offenbar nach dem jüngsten Veto Griechenlands gegen den NATO-Beitritt Mazedoniens unabdingbar ist – nur mit einer Volksabstimmung vorzunehmen.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN
HENRI BOHNET

9. Juni 2008

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN *Gewalt statt Demokratie*

„Seid Euch bewusst: wir geben vor der gesamten Welt unsere Stimme ab“ – so betitelte eine nationale Tageszeitung am Vorabend der Wahlen ihre Ausgabe.¹ Doch der Wahlkampf und die Wahlen selbst wurden von Gewalt überschattet: Insbesondere in den albanischen Gebieten lieferten sich die beiden größten albanischen Parteien – der Regierungspartner DPA unter dem auf der schwarzen Liste der US-Treasury stehenden Mendu Thaci und die oppositionelle DUI unter dem Marxisten Ali Ahmeti, deren Wurzeln in der UÇK liegen – einen heftigen Machtkampf. Denn trotz der fast identischen Ziele der beiden Parteien, die neben NATO- und EU-Beitritt für eine rasche Anerkennung des Kosovo, die Stärkung der Albaner in den staatlichen Strukturen Mazedoniens, der Einführung des Albanischen als Staatssprache, die öffentliche Verwendung der albanischen Nationalflagge und die soziale Absicherung der Rebellen des Konflikts von 2001 eintreten, geht es um den alleinigen Machtanspruch für die Vertretung der Interessen der gesamten albanischen Bevölkerung des Landes.

Nach Auszählung von 99% der Stimmen liegt die DUI (11.1%) denkbar knapp vor der DPA (10.2%). Thacis DPA hatte durch ihre Regierungsbeteiligung Zugang nicht nur zu administrativen Ressourcen und nutzte diese Stellung für einen professionellen, von amerikanischen Beratern begleiteten, aber auch überaus aggressiven Wahlkampf, der Beobachtern zufolge nicht vor illegalen Einschüchterungsversuchen und Drohungen gegenüber Anhängern des Gegners halt machte. Doch auch Ahmetis Parteianhänger schreckten vor Übergriffen auf lokale Parteizentralen der DPA und Schießereien nicht

zurück.² Ein Attentatsversuch auf den DUI-Chef vom 12.5. ist bisher noch nicht aufgeklärt. Trauriger Höhepunkt der Gewalt war der Tod einer Person während eines Schusswechsels mit Polizeikräften im Dorf Aracinovo. Aufgrund dieser und weiterer Vorfälle wurden die Wahlen in etlichen Wahlbüros in zwei der sechs Wahldistrikte des Landes ausgesetzt.³ „Wir wollten Europa wieder (nach den Wahlen 2006) zeigen, dass Mazedonien demokratische Wahlen organisieren kann, doch die Wahlen waren gekennzeichnet durch viele Missstände“, so der Chef der nationalen Wahlkommission am Wahltag.⁴ „Wir werden alles tun, um sicher zu gehen, dass die Wahlen dort wiederholt werden, damit jeder Abgeordneter auf faire Weise ins Parlament gewählt wird“, kommentierte VMRO-Chef Gruevski die Vorfälle.⁵

Doch auch Gruevskis VMRO profitierte von ihrer Ausgangsposition als Regierungspartei und dominierte die überwiegend einseitige Berichterstattung des Wahlkampfes in den Medien. Bereits vor offiziellem Beginn des Wahlkampfes ignorierte die Partei das Werbeverbot und plakatierte die Erfolge der von ihr geführten Regierung.⁶ Die Wahlkampffinanzierung der einzelnen Parteien bleibt weiterhin intransparent.

Vergebene Chancen nachholen

Die Wahlkommission hat mittlerweile die Beschwerden der Parteien vom Wahltag bearbeitet und die Wahlen in 193 Wahlbüros annulliert.⁷ Die Neuwahlen in den Wahldistrikten sind für den 15. Juni angesetzt. Dabei werden DUI und DPA erneut um die Vor-

² Interim Bericht der OSZE-Wahlbeobachtermission vom 30.4.-19.5.. Siehe www1.osce.org/documents/odihr/2008/05/31275_en.pdf

³ Vorläufiger Wahlbericht der OSZE-Wahlbeobachtermission vom 2.6.08. Siehe www.osce.org/documents/odihr/2008/06/31445_en.pdf

⁴ Tageszeitung „Utrinski Vesnik“ (utrinski.com.mk) vom 2.6.08.

⁵ micnews.com.mk vom 2.6.08.

⁶ Siehe den vorläufigen Wahlbericht der OSZE vom 2.6.08.

⁷ Siehe die homepage der zentralen Wahlkommission www.sec.mk:90/english/.

¹ Tageszeitung „Vreme“ vom 31.5.-1.6.08.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN

HENRI BOHNET

9. Juni 2008

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

herrschaft ihrer jeweiligen Partei ringen, denn nur wenige Tausend Stimmen trennen die Parteien voneinander.

Nach der Wiederwahl hofft die internationale Gemeinschaft, dass Gruevski mit gestärktem Regierungsmandat die begonnenen Reformen weiterführt und umsetzt, um die „Benchmarks“ der EU aus Brüssel zu erfüllen und einen Termin für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zu erhalten. Allerdings erscheint der Verhandlungsstart noch in diesem Jahr im Lichte der knapp bemessenen Zeit bis zur Erstellung des nächsten EU-Fortschrittsberichts Anfang Oktober unwahrscheinlich: Eine Regierung, die trotz der Mehrheit der VMRO im Parlament möglicherweise einen albanischen Koalitionspartner beinhalten wird, muss bis Anfang August gebildet sein. Hier hat Gruevski die Möglichkeit, die albanischen Politiker erneut mit einer Teilnahme an der Regierung in die Verantwortung zu nehmen. „Das Verhalten der beiden politischen Parteien der Albaner während der Neuwahlen wird hauptsächlich unsere Entscheidung beeinflussen, mit wem wir koalieren werden. Dies ist ein weiterer Indikator dafür, dass wir als die Regierungspartei, die Verantwortung im Staat schultert, einen Koalitionspartner wollen, der Demokratie in der gebräuchlichen modernen Art und Weise versteht.“⁸

Nicht viel Zeit bleibt dann auch für eine Lösung im Namensstreit mit Griechenland als Voraussetzung für die Verhandlungsaufnahme mit der EU: die Kompromissbereitschaft Athens ist durch die innenpolitische Situation im Nachbarland niedrig; zudem erscheint ein Entgegenkommen Skopjes nach dem Wahlversprechen Gruevskis über eine Volksabstimmung im Lande (eine signifikante Mehrheit der Mazedonier ist gegen eine Namensänderung) nicht absehbar.

Noch wichtiger erscheint aber die Lösung der inneralbanischen Rivalitäten und der interethnischen Probleme im eigenen Land. Der von Gewalt geprägte Wahlablauf und

die fortdauernde Trennung in ethnisch mazedonische und ethnisch albanische Wähler und Parteien behindern die demokratische Transformation Mazedoniens und die Modernisierung seiner Gesellschaft. Der neuen Regierung ist zu wünschen, dass sie nicht nur die Wahlverletzungen und Gewaltakte untersucht und ahndet, sondern auch deren Ursachen im Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften energisch angeht.

⁸ Außenminister und Vorstandsmitglied der VMRO-DPMNE, Antonio Milososki, in einem Interview mit „MIC news“, 6.6.08.